

GLIEDERUNG

	Seite
<u>ERSTER TEIL: EINLEITUNG</u>	1
A) <u>Der Ausgangspunkt der Arbeit: Das Auswirkungs-</u> <u>prinzip</u>	1
B) <u>Ziele der Arbeit</u>	3
C) <u>Nicht behandelte Themen</u>	4
 <u>ZWEITER TEIL: DAS ABWÄGUNGSGEBOT</u>	 7
A) <u>Die Rechtsquellen des Abwägungsgebotes</u>	7
I. Die völkerrechtliche Quellen	7
1. Das Einmischungsverbot	9
2. Das Rechtsmißbrauchsverbot	10
3. Die Comity	11
II. Die Bedeutung des Völkerrechts	12
III. Das internationale Privatrecht	15
1. Die Auslegung des § 98 II GWB	15
2. Die staatlichen Interessen im IPR	18
3. Die Auslegung des EG-Rechts	19
IV. Die gemeinsame Bedeutung aller Rechtsquellen	22
 B) <u>Die bekannten Abwägungsmodelle</u>	 23
I. Der amerikanische Ausgangspunkt	24
1. Die Timberlane-Rechtsprechung	26
2. Die Weiterentwicklungen in der Literatur	27
3. Ein Ausblick für die USA	29

II. Zur Kritik amerikanischer Abwägungsmodelle	31
III. Andere Konkretisierungsversuche	33
1. Der Ansatz von Beck	33
a) Die Merkmale Belegenheit, Nationalität, Gesellschaftsstatut	34
b) Die Bewertung der Interessen	35
2. Die OECD-Empfehlung für Handelspraktiken	35
3. Eine Meinung aus der Praxis	37
4. Ausblick	38
<u>C). Die Interessenabwägung in der Rechtspraxis</u>	40
I. Deutsches Recht	40
1. Der Fall "Synthetischer Kautschuk II"	40
2. Der Fall "Morris/Rothmans"	42
3. Der Fall "Linde/Lansing"	45
4. Der Stand der deutschen Rechtsentwicklung	46
II. Das Recht der EG	47
1. Der Fall "Kugellager"	47
2. Der Fall "Aluminiumeinführen aus Osteuropa"	48
3. Der Fall "IBM"	50
4. Der Stand der Entwicklung im EG-Recht	51
III. Interessenabwägung zwischen Recht und Politik	53
1. Die Bedeutung vertraulicher Gespräche	54
a) Das Verhalten der Fremdstaaten	55
b) Das Verhalten der deutschen und europäischen Behörden	57
2. Die Behördenpraxis im Konfliktfall	57
a) Die Behördenpraxis als Konfliktreduzierung	57
b) Die Grenzen der Behördenpraxis	59
3. Die Wahrscheinlichkeit von Konflikten	60
<u>D) Zwischenergebnis: Eine Weiterentwicklung des Abwägungsgebotes ist erforderlich</u>	62

<u>DRITTER TEIL: DIE ENTWICKLUNG EINES ABWÄGUNGSMODELLS</u>	63
<u>A. Möglichkeiten und Grenzen einer Konkretisierung</u>	63
I. Überstaatlich erstellte Abwägungskataloge	63
1. Die Vereinten Nationen (UNO)	63
2. Das GATT	66
3. Die OECD	67
4. Das Erfordernis einer nationalen Regelung	68
II. Das Festhalten am Auswirkungsprinzip	69
III. Die Unmöglichkeit einer inhaltlichen Abwägung	71
<u>B. Die Bildung von Fallgruppen zur Interessenabwägung</u>	74
I. Die Beschränkung auf westliche Industriestaaten	74
II. Die Unterscheidung von Staats- und Unternehmensinteressen	75
1. Das Eigeninteresse der Staaten	75
2. Der Einfluß der Unternehmen auf die Staatsinteressen	76
3. Der Einfluß der Staaten auf Unternehmensinteressen	78
4. Eine Arbeitsdefinition für die Unterscheidung der Interessen	79

<u>C. Die Fallgruppe Wirtschaftspolitik</u>	81
I. Eine Skizze wirtschaftspolitischer Staatsinteressen	81
1. Die Wettbewerbs- und Industriepolitik	81
a) Das Grundproblem des Wettbewerbsrechts	81
b) Die Ziele einer reinen Wettbewerbspolitik	82
c) Industriepolitischer Einfluß bei wettbewerblichen Ansätzen	84
d) Die Ziele der Industriepolitik	85
e) Kollisionen von Wettbewerbs- und Industriepolitik in zwei Staaten	87
2. Bereiche industriepolitischer Argumentation	89
a) Beschäftigungspolitik	89
b) Strukturpolitik	90
c) Leistungsbilanzausgleich	92
d) Förderung technischen Wissens	93
II. Die Lösung der Fallgruppe Wirtschaftspolitik	95
1. Die theoretischen Grundlagen im Schnittbereich von Recht und Wirtschaftswissenschaften	96
a) Die ökonomische Analyse des Rechts	96
b) Zur Fortentwicklung der ökonomischen Analyse des Rechts	97
c) Wirtschaftswissenschaftliche Kriterien im Kartellrecht	98
d) Die Kosten-Nutzen-Analyse	100
2. Die Konkretisierung des Abwägungsgebotes durch eine Kosten-Nutzen-Analyse	101
a) Die Konkretisierungsformel	101
b) Zur Berechnung	102
c) Der Vorrang der Verhinderung privater Macht mit Ausgleichspflicht	106
d) Die patt-Situation	108
e) Die Vorteile dieser Lösung	108

<u>D. Die Fallgruppe Allgemeinpolitik</u>	110
I. Der Rahmen allgemeinpolitischer Staatsinteressen	110
1. Souveränität	110
2. Rohstoffpolitik	113
3. Fiskalpolitik	115
4. Innenpolitik	116
5. Umweltschutzpolitik	117
6. Verteidigungspolitik	118
7. Außenpolitik	119
II. Die Lösung der Fallgruppe Allgemeinpolitik	119
 <u>E. Die Fallgruppe Unternehmensinteressen</u>	 123
I. Ein Aufriß denkbarer Unternehmensinteressen	123
1. Betriebswirtschaftliche Argumente	123
2. Die Förderung des Wettbewerbs	126
3. Verfahrensinteressen	127
4. Die Vermeidung von widersprüchlichen Entscheidungen	129
II. Die Lösung der Fallgruppe Unternehmensinteressen	130
 <u>F. Die praktische Ausgestaltung der eigenen Lösung</u>	 133
I. Die Ermittlung der Interessen	133
II. Die Praktikabilität der eigenen Lösung für die Behörden	136
III. Die gerichtliche Kontrolle der Abwägung im Verwaltungsverfahren	137
IV. Die Abwägung im Kartellprivatrecht	138
1. Die Ermittlung der Interessen	138
2. Keine richterliche Abwägung	139
3. Die Verknüpfung von richterlicher Funktion und Abwägung	142

<u>Vierter Teil: Siebzehn Ergebnisse</u>	144
<u>Literaturverzeichnis</u>	146
<u>Abkürzungsverzeichnis</u>	169